VR-01-126-2 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Monika Heinold (KV Kiel)

Titel

Ändern in:
Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 126 bis 138:
~~Deutschland hat sich bereits 2009 auf internationaler Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere staatliche Begünstigungen in den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft entsprachen mit Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020 insgesamt einem Volumen von rund 35,8 Mrd. Euro. Der größte Anteil der staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher Wirkung entstand 2020 mit 24,8 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatliche Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei.~~

Deutschland hat sich bereits 2009 auf internationaler Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft Klima und Umwelt. Wir haben aus der Kürzung der Agrardiesel-Subvention gelernt: Der Abbau klimaschädlicher Subventionen muss sozialverträglich und transparent geschehen. Deshalb fordern wir einen Ausstiegsplan, der soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt und entsprechende Maßnahmen priorisiert.

Begründung

Viele klimaschädliche Subventionen wie die Pendlerpauschale tragen zum sozialen Zusammenhalt bei. Eine Abschaffung der PP oder bspw. des sozialen Wohnungsbau (auch eine KSS) trägt nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei.

weitere Antragsteller*innen

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Florian Pankowski (KV Bochum); Kim Kohlmeyer (KV Berlin-Pankow); Simon Richter (KV Berlin-Pankow); Franziska Schubert (KV Görlitz); Niklas Geßner (KV Solingen); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Tim Ullrich (KV Gießen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Ole Krüger (KV Rostock); Marcel Ernst (KV Göttingen); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Simon Zunk (KV Uckermark); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Birte Caspers-Schäfer (KV Bochum); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dario Thiem (KV Schwäbisch Gmünd); Astrid Vogelheim (KV Aachen); sowie 56 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.